

تاریخچه ۵ شکرکوش
آبوسته
مجله ماهیانه، بنیاد ۱۳۰۵
مجله هفتگی، بنیاد ۱۳۰۶
مجله روزانه، بنیاد ۱۳۰۷
مجله فصلی، بنیاد ۱۳۰۸
مجله سالانه، بنیاد ۱۳۰۹
مجله سه ماهه، بنیاد ۱۳۱۰
مجله شش ماهه، بنیاد ۱۳۱۱
مجله یک ماهه، بنیاد ۱۳۱۲
مجله دو ماهه، بنیاد ۱۳۱۳
مجله سه ماهه، بنیاد ۱۳۱۴
مجله شش ماهه، بنیاد ۱۳۱۵
مجله یک ساله، بنیاد ۱۳۱۶
مجله دو ساله، بنیاد ۱۳۱۷
مجله سه ساله، بنیاد ۱۳۱۸
مجله چهار ساله، بنیاد ۱۳۱۹
مجله پنج ساله، بنیاد ۱۳۲۰
مجله شش ساله، بنیاد ۱۳۲۱
مجله هفت ساله، بنیاد ۱۳۲۲
مجله هشت ساله، بنیاد ۱۳۲۳
مجله نه ساله، بنیاد ۱۳۲۴
مجله ده ساله، بنیاد ۱۳۲۵

تورکیه پوستی Türkische Post

Preis der Einzelnummer 5 Grusch
Bezugspreis
Inland: 1 Monat 1,75 T. Pfd., 3 Monate 5.-
T. Pfd., 6 Monate 9.- T. Pfd., 12 Monate 16.-
T. Pfd. Ausland: 1 Monat 6.- R.-Mark,
6 Monate 30.- R.-Mark oder Gogonwert.
Alle einschliesslich Porto. Inacrat:
1. Seite 1 cm 100 Grusch, 2. Seite 75 Grusch,
3. Seite 50 Grusch, 4. Seite 30 Grusch.
(Inlandpreise).
Geschäftsleitung: Schischbano
Karakol Jokuschu, Savario-Cafaja-Gasse,
Phoenixhaus.
Druckanstalt: Turkpost
Fernspr.: Pera 1733
Postfach: Galata 289.

1. JAHRGANG NO. 167

Tageszeitung für den Nahen Osten

Konstantinopel, Montag, 15. November 1926

Hauptredaktion: Dr. F. F. Schmidt-Dumont. Verantwortlicher Schriftleiter: Mustafa Bey Politik und Handel. Dr. F. F. Schmidt-Dumont. Feuilleton und Lokales: Josef Hans Lazar. Inseratenteil: Erwin Schmidt. Verlag: von Rüger & Co. Druck: Phoenix Buch- und Steindruckerei.

Tagesspiegel.

Die Reichsversammlung des Reiches wird am 15. November in der Sitzung des Volksbundes teilgenommen. Auf der Insel Java sind Kommunistenunruhen ausgebrochen. In Batavia ist die Ruhe anscheinend wieder hergestellt. Bei Casablanca verbrannten die Eingeborenen zwei französische Postflugzeuge, die zum Niedergehen gezwungen waren.

Auslandsdeutsche und Deutsche im Ausland

Von Joh. Wilh. Mannhardt, Marburg.
Z. Zt. Brindisi, 22. Oktober.
Zunehmend ist während der letzten Zeit in der Presse vom Ausland deutschem die Rede; nicht nur in Deutschland, wo die erste Sorge um die Bestandhaltung seines verzettelten Volkstums die Feder führt, sondern auch im Ausland, wo andere Gründe obwalten. Man versucht da das Auslanddeutschentum als etwas für den Bestand des Friedens Gefährliches hinzustellen. Man verächtlich die Deutschen im Ausland, obwohl gerade sie es sind, die sich um die Herstellung wirklich friedlicher Zustände in der Welt besonders bemühen. Zugleich aber möchte man damit das allgemeine Misstrauen gegen Deutschland selbst, und das deutsche Volk über die Vorkriegs- und Kriegspostpropaganda hinaus wachhalten, von dem man sich vor allem eigene wirtschaftliche Erfolge verspricht. Vielleicht beabsichtigt man auch damit, der Leute auf der ganzen Erde trotz des Vorkrieges bestehenden Fremdenfeindschaft eine besondere Richtung zu geben. Das alles muss gerade für ein im Ausland erscheinendes deutsches Blatt eine besondere Veranlassung sein, hier völlig Klarheit zu schaffen und dabei vom Nächstliegenden auszugehen.
In Konstantinopel ist eine deutsche Kolonie, wie die anderen Völker deren auch haben, und wie Turken z. B. eine in Berlin bilden. Das ist also, solange wir uns noch in einer Zeit allgemeinen Handelsverkehrs befinden, nichts Besonderes. Wir gebrauchen dieses lateinische Wort Kolonie ganz harmlos, wie es andere Völker auch anwenden. Aber, so lehrlich es klingt, man hat vor dem Kriege uns auch daraus schon einen Strick zu drehen versucht, indem man uns bei der Verwendung dieses Wortes in Bezug auf gewisse deutsche Niederlassungen über See eine deutsche Absicht der Besitzergreifung unterstellte. Denn für die deutschen Schutzgebiete in Afrika und in der Südsee war dasselbe Wort Kolonie üblich.
Diese Kolonie in Konstantinopel besteht aus Deutschen, die einzeln ihrem Erwerb nachgehen und über die Stadt hin verstreut wohnen. Ihr Geschäft bringt sie irgendwo in Verbindung mit der Türkei und dem Nahen Osten, und lässt sie deshalb in Konstantinopel wohnen. Sie haben an dem Türkischen Staat und seinen Angehörigen nur ein menschliches und geschäftliches Interesse, nicht etwa ein politisches. Im Gegenteil würde der Versuch einer nur theoretischen Einmischung in türkische Staatsangelegenheiten, ja schon eine vorläufige Kritik mit Recht als ein Missbrauch der Gastrechte aufgefasst werden. Die Befriedigung politischer Bedürfnisse muss trotz der Entfernung im Deutschen Reich vorgenommen werden. Denn diese Auslandsdeutschen sind nach wie vor deutsche Reichsbürger. Sie haben gänzlich die Absicht, Heimatsrechte in der Türkei zu erwerben, sondern wollen wieder heimkehren, wenn ihr Ziel erreicht ist. Es ist nur eine Ausnahme von der Regel, wenn einmal durch Eheheirat und sonst wie ein engerer und dauernder Anschluss an die Türkei erfolgt, die zumeist mit einer

Aenderung der Staatsangehörigkeit verbunden sein wird. Er wird durch die internationalen Verhältnisse einer Grossstadt erleichtert. Wenn sich also die Deutschen wie die Angehörigen anderer Völker, in Konstantinopel oder sonstwo in Kirchengemeinden und mancherlei Vereinen zusammenschliessen, so kommt dabei das natürliche Gemeinschaftsbedürfnis eines Volkes und der Geselligkeitstrieb zum Ausdruck, der in der Fremde sich zu verstärken pflegt. Ein auf den Wirtschaftszweck abgezielte Zweck ist damit nicht verbunden. Die Deutsche Botschaft stellt das Verbindungsglied dieser Deutschen zu ihrem Heimatstaate her. Sie muss, wenn es einmal nötig sein sollte, die Rechte dieser Deutschen in der Türkei im Rahmen der diplomatischen Gepflogenheiten annehmen, wobei sie aber nicht etwa die offizielle Vertreterin dieser Auslandsdeutschen gegenüber der Türkei ist. Die sich daraus ergebenden Geschäfte bilden bekanntlich nur einen Teil der Aufgaben einer diplomatischen Vertretung. Sie hat in erster Linie den deutschen Staat bei dem türkischen Staat zu vertreten. Ihre Beamten sind deshalb seit alter Zeit völkerrechtlich besonders gestellt und nicht ohne Weiteres in die Reihe der übrigen Auslandsdeutschen einzuordnen.
Solche Reichsdeutschen im Ausland sind bekanntlich über die ganze Erde verstreut. Die von Konstantinopel sind nur ein Beispiel. Soweit sie schon vor dem Kriege im Ausland weilten, sie, wenn sie sich in einem dem Deutschen Reich feindlichen Staate aufhielten, vertrieben und unter Missachtung des Privateigentums ihres Vermögens beraubt worden. Zur Entschädigung können sie sich nach den Friedensverträgen an das Deutsche Reich halten. Um hier ihre Rechte geltend zu machen, haben sie sich zu einem Bunde der Auslandsdeutschen zusammengeschlossen.
Die behandelte Gruppe von deutschen Menschen im Ausland ist eben also die der Reichsdeutschen im Ausland bezeichnet worden. So sollte man sie grundsätzlich nennen, um keine politische bedenkliche Verwechslung mit den Deutschen eintreten zu lassen, die unter völlig anderen tatsächlichen und rechtlichen Verhältnissen im Ausland leben und ausserordentlich viel zahlreicher sind. Diese siedeln in kleineren oder grösseren Gruppen auf eigenem Grund und Boden, mit dem sie ein enges Heimatgefühl verbindet, aber unter fremder, nicht deutscher Souveränität und als Bürger nicht des Deutschen Reiches oder anderer rein deutscher Staaten, sondern ihres Virtsstaates. Während also jene Reichsdeutschen im Ausland draussen nur unter Gastrecht stehen — und dabei Staatsdeutsche und Volkdeutsche bleiben, fällt bei diesen die Volks- und Staatsangehörigkeit auseinander. Sie gehören nach wie vor zur grossen deutschen Gesamtvölkergemeinschaft, aber zugleich mit allen Rechten und Pflichten einem fremden Staate an. Sie stehen in keinerlei Beziehung zum Deutschen Reich. Die deutschen diplomatischen Vertretungen im Ausland haben nichts mit ihnen zu schaffen und umgekehrt. Das darf natürlich nicht hindern, dass sich das deutsche Volk als solches dieser seiner verstreuten Kinder mit besonderer Zuneigung annimmt. Solches geschieht in erster Linie vom Verein für das Deutschland im Ausland. In der Türkei gibt es bekanntlich derartige Auslandsdeutsche nicht.
Dass allein in Europa an die 25 Millionen solcher Deutschen ausserhalb der Reichsgrenzen leben, ist gewiss keine erfreuliche Tatsache weder für das deutsche Volk als Ganzes noch auch für die Wirtschaft. Der Grund liegt darin, dass der deutsche Staat weniger als alle anderen auf Eroberungen ausgegangen ist, um Platz zu schaffen für seinen wertvollen Bevölkerungüberschuss. Dieser ist deshalb ohne politische Fürsorge einfach in menschleinere Gebiete abgeflossen und zwar in fast allen Fällen gerufen und betreut von den dortigen Machthabern, oft sogar gegen den Willen der eigenen deutschen Regierung. Das hat schon vor 800 Jahren begonnen. Erst im 19. Jahrhundert ist ein völliger Wechsel in der politischen Auffassung eingetreten, sodass man die einst willkommen Geheissen mit wehenden Augen anzublicken begann, woraus dann erst ganz langsam ein Interesse des reichsdeutschen Volkes für seine verfolgten Brüder einsetzte, die ihm solange die Treue gehalten haben. Das hat aber die Sieger von 1918 nicht gehindert, diesen von ihnen selbst nicht gewünschten

Die Ministerbegegnung in Odessa. Freundschaftliche Begrüssung und offizielle Mitteilungen.

Odessa, 12. November (A.A.).
Ausserminister Tewfik Rüschi Bey, den Gemahlin und Tochter begleiten, traf am Bord des Kreuzers «Hamidie» um 10 Uhr vormittags in Odessa ein. Er wurde an der Landungsstelle offiziell von ukrainischen Regierungsschlichter sowie den Spitzen der See-, Militär- und Regierungsbehörden empfangen.
Die «Hamidie» war bei ihrer Einfahrt in den Hafen von Seiten der Sowjet-Torpedobootflotte mit 21 Kanonenschüssen, die sie erwiderte, empfangen worden. Tewfik Rüschi Bey wurde dann durch neunzehnmaliges Hissen der Flagge von der Landungsstelle aus begrüsst, worauf «Hamidie» als Gruss für Ausserminister Tschitscherin 10 Mal die Sirene ertönen liess.
Die «Hamidie» liess nunmehr ein Boot herab, dass Tewfik Rüschi Bey ans Ufer brachte. Tewfik Rüschi Bey und Tschitscherin durch persönliche Freundschaft verbunden, begrüsst einander in der herzlichsten Weise. Es folgte die Begrüssung durch den Vertreter der ukrainischen Regierung Schlichter und namens der Stadt Odessa durch den Vorsitzenden des Odessaer Gemeinderates. Tewfik Rüschi Bey schüttelte besonders lang und herzlich die Hand des Delegierten der Arbeiterschaft der Odessaer Werften. Nach der Begrüssungszeremonie schritt der Minister die Front der vor ihm das Gewehr präsentierenden Abteilung der Roten Armee ab.
Tewfik Rüschi Bey begab sich dann, in Begleitung des türkischen Gesandten bei der russischen Regierung Sekia Bey, und seines Sekretärs unter überaus herzlichem Beifall der Bevölkerung in die für ihn vorbereitete Wohnung. Er stieg noch am Vormittag dem Ausserminister Tschitscherin einen Besuch ab, der diesen an Bord der «Hamidie» erwiderte. Um 2 Uhr nachmittags gab dann Tschitscherin zu Ehren Tewfik Rüschi Bey ein Mittagessen, bei dem die beiden Minister ihre Gedanken in freundschaftlicher Weise austauschen konnten.
Odessa, 12. Nov. (A.A.).
Der türkische Gesandte bei der Sowjetregierung, Sekia Bey erklärte einem Sonderberichterstatter der Agentur «Tas» die «Hamidie» komme nach Odessa, um den Besuch, den die russische Torpedoflotte kürzlich in Konstantinopel abgestattet hat, zu erwidern; der türkische Ausserminister Tewfik Rüschi Bey benutze diese Gelegenheit, um Russland zu besuchen. Der Wunsch Tewfik Rüschi Beys, mit Tschitscherin zusammen zu treffen, entspringe nur der Absicht, ein neues Zeichen für die Herzlichkeit der Beziehungen, die zwischen den beiden Ländern bestehen, zu geben, und sei gleichzeitig aus der persönlichen Freundschaft, die ihn mit Tschitscherin verbindet, zu erklären. Das Zusammenreffen der beiden Minister werde die zwischen beiden Ländern bestehende Freundschaft noch einmal so fest gestalten, was auf die internationale Lage im höchsten Grade günstig zurückwirken werde.

Vor dem Ende des englischen Streiks? Regionale Lohnabkommen. - Trotz allen Regierungssubventionen

London, 12. November (A.A.).
Man nimmt allgemein an, dass eine Regelung des Kohlenkonflikts unmittelbar bevorsteht. Die endgültige Entscheidung über die von der interministeriellen Kohlenkommission in Uebereinstimmung mit dem Exekutivausschuss der Bergarbeiter in den ersten Morgenstunden ausgearbeiteten Bedingungen wird heute nachmittags im Laufe einer Sitzung der Bergarbeitervertreter fallen.
Die Regelung könnte indessen durch die Ueberänderung der Bedingungen in die verschiedenen Kohlenbezirke noch eine Verzögerung erfahren. Während dieser Frist wird der Exekutivausschuss der Bergarbeiter ebenso wie die Grubenbesitzer Zurückhaltung üben. Die Bedingungen, die die Errichtung eines nationalen Schiedsgerichts zur Entscheidung über regionale Streitigkeiten mit gewissen Klauseln versehen, werden im Gegensatz zu dem Abkommen über den Siebenstundentag als Verhandlungsgrundlage genommen.
Zustand noch viel weiter auszubreiten. Trotzdem die Entente die Befreiung der unterdrückten Völker auf ihr Banner geschrieben hatte, trotzdem Wilson das Selbstbestimmungsrecht der Völker proklamiert hatte, hat man durchsah künstlich und widernatürlich die Zahl der Auslandsdeutschen um viele Millionen vermehrt, indem man auch noch von geschlossenen deutschen Siedlungsgebiete Stücke abgerissen und sie den Nachbarn gegeben hat.
Während die in der Diaspora lebenden Deutschen nun einmal schicksalhaft sich mit dem Auseinanderfallen von Volk und Staat abfinden müssen, darf von einem höheren und weiterblickenden politischen Gesichtspunkt aus dies von den sogenannten Grenzdeutschen nicht erwartet werden.
Es ist schon ein starkes Stück, wenn kürzlich Jouvanel für die Unzufriedenheit der nicht reichsdeutschen Grenz- und

Italienisch-ägyptische Verhandlungen

Das seinerzeit zwischen Ägypten und Italien geschlossene Abkommen wurde von beiden Seiten in einzelnen Punkten als der Abänderung bedürftig empfunden, doch hatte die mit diesen Abänderungen betraute in Alexandria tagende italienisch-ägyptische Grenzkommission infolge ungenügender Instruktionen immer wieder in ihren Arbeiten Verzögerungen erlitten. Nachdem der neuernannte italienische Gesandte die erwarteten Instruktionen aus Rom mitgebracht und nach seiner Rückprache mit dem ägyptischen Ausserminister die Grenzkommission ihre Arbeiten wieder aufgenommen hatte, wurde sehr bald in allen Punkten ein Einvernehmen erzielt, wie wir bereits melden konnten.
Die unerledigt gebliebenen Punkte von geringerer Bedeutung gelangten schliesslich noch einmal in einer am 24. Oktober abgehaltenen Sitzung der italienisch-ägyptischen Delegierten zur Be-

Letzte Nachrichten

Ein Geschenk der Stadt Adalia an den Gasi.
Angora, 13. November.
Eine Abordnung aus Adalia unter Führung des Wali Arif Bey und begleitet von den Abgeordneten von Adalia Saki und Rasich Bey wurde heute vom Gasi in Techankaja empfangen. Sie lud den Präsidenten der Republik ein, der Stadt Adalia einen Besuch abzustatten und der Wali überreichte ihm einen goldenen Schlüssel zu dem Kiosch, den die Stadtpfaffen für Mustafa Kemal Pascha hat bereitstellen lassen. Gasi Pascha dankte der Abordnung herzlich und erklärte, dass er gerne bei der ersten sich bietenden Gelegenheit die Stadt besuchen würde.

Rücktritt des Vorsitzenden des Unabhängigkeitsgerichtes für den Osten.
Angora, 13. November
Wie verlautet, hat der Vorsitzende des Unabhängigkeitsgerichtes für den Osten, Hadschim Mubieddin Bey, aus Familienrücksichten sein Rücktrittsgesuch eingereicht.

Der Luftfahrtkongress
Angora, 13. November
An dem bevorstehenden Luftfahrtkongress werden Ministerpräsident Ismet Pascha und die Mitglieder des Kabinetts, der Chef des Grossen Generalstabs und sein Stellvertreter, zwei Kommandeure der Luftstreitkräfte, zehn vom Obersten Rechnungshof delegierte Persönlichkeiten sowie je ein Abgesandter der Pressevereinigung, des Anatolischen Nachrichtendienstes, der Zentrale des Türk Odschaghi, der Lehrervereinigung, der Sportvereine und der Kinderfürsorge teilnehmen.

Refet Paschas Mandat.
Angora, 14. Nov.
Wie verlautet, ist von Refet Pascha, dem Abgeordneten von Konstantinopel ein Schreiben hier eingegangen, in dem er die Niederlegung seines Mandats mitteilt.

Von den Gesandtschaften.
Angora, 13. November
Der Botschaftsrat bei der türkischen Botschaft in Rom, Basri Bey, ist an die türkische Botschaft in Berlin, und der Botschaftsrat bei der Berliner Botschaft, Ali Bey nach Rom versetzt worden.

Auszeichnung von Justizinspektoren.
Angora, 13. November
Angesichts der ausgezeichneten Dienstleistungen einiger Justizinspektoren sind für diese Anerkennungsbescheide und besondere Belohnungen in Aussicht genommen.

Der neue Generaldirektor der Personalabteilung im Justizministerium.
Angora, 13. Nov.
Zum Generaldirektor der Personalabteilung im Justizministerium wurde der Justizinspektor Dschewdet Bey ernannt.

Die grosse Koalition im Reich.
Berlin, 14. Nov. (A.A.).
Der Reichstag hat sich bis zum 22. vertagt. Die Regierungsparteien und die Sozialisten erörtern diese Woche die Erweiterung der gegenwärtigen Koalition.

Ein serbischer Protest gegen Italien.
Belgrad, 13. November (A.A.).
Das Parlament protestierte energisch gegen die Behandlung der slovenischen Minderheiten in Italien durch die Faschisten.

Wieder ein englisches Flugzeug abgestürzt.
London, 12. Nov. (A.A.).
In der Nähe von Gastor Lincolnshire stürzte ein Militärflugzeug ab. Einer der Insassen wurde getötet.

Ein französischer Dampfer gekapert.
Hongkong, 13. November (A.A.).
Der französische Dampfer «Hanoia» wurde auf der Fahrt von Haiphong nach Hongkong von 26 Seeräubern angegriffen, die die Schiffswache töteten und 50.000 Dollar in bar und das gesamte Passagiergut im Werte von 20.000 Dollar raubten.

Zwei Flugzeuge von Marokkanern verbrannt.
Casablanca, 13. Nov. (A.A.).
Marokkaner verbrannten zwei Postflugzeuge der Linie Casablanca-Dakar, die bei Cap Bojador zum Niedergehen gezwungen waren, und setzten die Insassen gefangen.

Kommunistenaufstand auf Java.
Batavia, 13. November (A.A.).
In der letzten Nacht entsetzten die Kommunisten an verschiedenen Punkten der Osthalbe der Insel Java einen Aufstand. Sie überfielen die Beamten und Polizisten, von denen zahlreiche getötet oder verwundet wurden. Ein Handstreich auf das Gefängnis Batavia misslang. Die Aufständischen drangen in das Haupttelegrafenzentrale. Es ist jedoch inzwischen gelungen, sie wieder daraus zu vertreiben. Vier Kommunisten wurden getötet, zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Die Ruhe ist gegenwärtig wieder hergestellt.

Vor Abschluss der Verhandlungen mit Griechenland.
Athen, 14. November
(Von unserem Berichterstatter in Athen).
Zwischen Schüki Bey und Argyropoulos hat eine lange Unterredung stattgefunden, in der über die schwabenden Fragen Uebereinstimmung erzielt wurde. Schüki Bey hat von Angora endgültige Instruktionen verlangt. Auf jeden Fall soll das Abkommen noch in dieser Woche unterschrieben werden. Argyropoulos hat Kafandaris in diesem Sinne verständigt. Kafandaris ist bezüglich der Unterzeichnung einverstanden, weil er an einer Festigung der türkisch-griechischen Beziehungen arbeitet.